

EU-Maßnahmen gegen Terror

Prävention, Reaktion, Strafverfolgung: Bei der Bekämpfung von Terrorismus und Radikalisierung kommt auf EU-Ebene dem Anti-Terrorismus-Koordinator Gilles de Kerchove eine Schlüsselrolle zu.

Die Anschläge von Paris im November 2015 wurden in Belgien geplant und vorbereitet. Da bei Terroranschlägen oft mehrere Staaten betroffen sind, unterstützt die Europäische Union ihre Mitgliedstaaten. Eine Schlüsselfunktion in der Koordination der Maßnahmen gegen den Terror kommt dem EU-Anti-Terrorismus-Koordinator (*Counter-Terrorism Coordinator*) in Brüssel zu.

Nach den Anschlägen von Madrid 2004 haben die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten eine Erklärung zur Bekämpfung des Terrorismus verabschiedet. Eine Maßnahme war die Schaffung der Funktion eines Anti-Terrorismus-Koordinators. Seine Aufgabe ist es, die Arbeiten der EU im Anti-Terror-Bereich zu analysieren und die Akteure (Mitgliedstaaten, Europäische Kommission, Europäischer Auswärtiger Dienst) sowie die in diesem Bereich tätigen EU-Agenturen (Europol, Eurojust, Frontex u. a.) zu unterstützen und zu koordinieren. Der Anti-Terrorismus-Koordinator berichtet in den Räten regelmäßig an die Innen-, Justiz- und Außenminister über Entwicklungen und schlägt Maßnahmen zur Weiterentwicklung in der Terrorismusbekämpfung vor. Ein weiteres Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen der EU und Drittstaaten voranzutreiben.

Gilles de Kerchove wurde im September 2007 zum EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung ernannt. Zuvor war er Direktor für justizielle Angelegenheiten und Inneres im Generalsekretariat des Rates. Sein Büro ist im Generalsekretariat des Rates angesiedelt. Die Hauptverantwortung, Maßnahmen gegen Terrorismus, Radikalisierung und Extremismus auf nationaler Ebene zu setzen, liegt bei den EU-



Günther Sablattnig, EU-Terrorismus-Koordinator Gilles de Kerchove.


Mitgliedstaaten. Das Team des Anti-Terrorismus-Koordinators besteht aus Juristen und Politikwissenschaftlern, darunter der Österreicher Günther Sablattnig, der im April 2015 vom Innenministerium als nationaler Experte entsendet worden ist. Sablattnig leitete davor in der internationalen Abteilung das für bi- und multilaterale Angelegenheiten zuständige Referat I/4/c. Von 2013 bis 2015 war er Verbindungsbeamter des BMI in Islamabad, Pakistan. „Die Aufgabe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Büros ist es, den Chef regelmäßig über aktuelle Entwicklungen im Terrorismus-, Extremismus- und Radikalisierungsbereich am Laufenden zu halten und Handlungsempfehlungen auszuarbeiten, die der Koordinator gegenüber den zuständigen Ministern vertritt“, sagt Günther Sablattnig. „Wir haben aber keine Kompetenz für Ermittlungen. Das ist Aufgabe der EU-Mitgliedstaaten.“

Um Informationen zu gewinnen, nimmt Sablattnig an internationalen Konferenzen teil, und an Briefings des *EU-Intelligence-Centers (INTCEN)*, das im Europäischen Auswärtigen Dienst angesiedelt ist. Er führt Gespräche mit Vertretern von Nichtregierungs- und internationalen Organisatio-

nen, Unternehmen und EU-Mitgliedstaaten. „Gerade in der Terrorbekämpfung passiert nach den Anschlägen in Frankreich im Moment sehr viel. Wir sind auf gute Kontakte angewiesen und müssen uns stark vernetzen, um am Puls der Zeit zu bleiben und Trends etwa bei der Rekrutierung oder Terrorismusfinanzierung zu erkennen und Gegenmaßnahmen zu entwickeln“, betont Sablattnig. Gilles de Kerchove war einer der Ersten, der vor dem Phänomen der *Foreign Terrorist Fighters* warnte. Unter den *Foreign Terrorist Fighters*, die in Syrien

und im Irak kämpfen, befinden sich viele junge Europäer, die von radikalen Islamisten für den Krieg angeworben wurden. Jene, die nach Europa zurückkehren, stellen eine große Herausforderung für die Sicherheitsbehörden dar. Sie sind radikalisiert, oft traumatisiert, verfügen über Kampferfahrung und können als Staatsbürger eines europäischen Landes innerhalb Europas frei reisen.

Seit Anfang 2013 wird das Thema *Foreign Terrorist Fighters* regelmäßig im Rat der EU und im Europäischen Rat behandelt und es wurde eine Bekämpfungsstrategie erstellt – auf Basis von Berichten und Handlungsempfehlungen, die der Anti-Terrorismus-Koordinator regelmäßig dem Rat vorlegt. Nach den Anschlägen auf die Redaktionsmitglieder des Satire-Magazins „Charlie Hebdo“ und auf einen jüdischen Supermarkt in Paris im Jänner 2015 haben die Innen- und Justizminister eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, die von den Staats- und Regierungschefs der EU als Grundlage für ihre Erklärung vom 12. Februar 2015 diente. Die darin genannten Maßnahmen sind heute die Richtschnur für die Arbeiten der EU und der Mitgliedstaaten in der Terrorismusbekämpfung.



Sie stehen im Mittelpunkt der Tätigkeit des Anti-Terrorismus-Koordinators. Er erstattet dem Rat regelmäßig Bericht über den Stand der Umsetzung der Maßnahmen.

Die Maßnahmen setzen auf verschiedenen Ebenen an: Ein Pfeiler sind Maßnahmen, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Dabei geht es um die Verbesserung der operativen Zusammenarbeit unter den EU-Mitgliedstaaten, wobei Instrumente wie der *Focal Point Travellers* bei Europol gestärkt und besser genutzt werden sollen. Dabei werden Daten über die Rekrutierung und Reisebewegungen von Verdächtigen aus der EU und Drittstaaten gesammelt, analysiert und ausgetauscht.

Den zweiten Pfeiler bilden Maßnahmen zur Verhinderung von Radikalisierung. Hier geht es etwa um die Zusammenarbeit mit Internet-Anbietern, um extremistische und terroristische Inhalte rasch aus dem Internet entfernen zu können. Österreich engagiert sich im Präventionsbereich besonders bei der Kommunikation von europäischen Werten und Grundrechten. Ziel ist es, insbesondere jungen Menschen die Vorteile der freien und offenen Gesellschaften nahezubringen, um damit der dschihadistischen Propaganda entgegenzuhalten. Wie man die Zielgruppe erreichen möchte, wurde bei einem Workshop mit der *EU-Grundrechteagentur (FRA)* im Dezember 2015 in Wien diskutiert.

Der dritte Pfeiler setzt in der Zusammenarbeit mit Drittstaaten an, etwa mit Staaten in Nordafrika, im Nahen Osten und am Westbalkan sowie mit der Türkei. Ziel ist es, die Sicherheits-situation in diesen Ländern zu verbessern, den Austausch von Sicherheitsinformationen zu fördern und den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen zu unterstützen. Aufgabe von Kerchove ist es, diese Maßnahmen zu koordinieren, voranzutreiben und deren Umsetzung zu überwachen. So konnte zum Beispiel durch das Engagement von Gilles de Kerchove die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit Tunesien in den vergangenen Monaten stark verbessert werden. Die EU-Kommission fördert nun mehrere Projekte in der Terrorismusbekämpfung, Unterstützung der Justiz, Deradikalisierung in Gefängnissen und Prävention.

Monika Lemmerer